

MITTEILUNG

Wegen der Durchführung des Grosskampftages gegen die Ratten findet heute um sechs Uhr abends im Journalistenzimmer (II. Stock) eine

PRESSEKONFERENZ

statt. Die Herren werden gebeten, an dieser Besprechung teilzunehmen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

409

Wien, am Freitag, den 17. Dezember 1926

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 17. Dezember 1926

Fortsetzung der Generaldebatte über den Voranschlag

Bürgermeister Seitz eröffnet nach zehn Uhr vormittags die Sitzung. Der christlichsoziale Gemeinderat Angermayer, der gestern, da die Sitzung um 9 Uhr abends geschlossen wurde, seine Rede nicht beenden konnte, spricht fort. Zur Generaldebatte über den Voranschlag sind noch die Gemeinderäte Ellend, Doppler und Haider gemeldet.

Gemeinderat Angermayer führt aus: In Ihrer Parteipresse wird heute geschrieben, dass sich die Christlichsozialen die Frechheit erlauben, hier im Gemeinderat die Zeit mit leeren Reden tatzuschlagen. Ich stelle fest, dass wir bemüht sind und bemüht waren, den Geist der die Gesetzgebung des Landtages und die Verwaltung der Stadt beherrscht, in sachlicher Rede zu kennzeichnen. Die Obstruktionsreden Ihrer Partei im Parlament sind wahre Obstruktionsreden. Sie scheuen dabei auch vor Gewalt nicht zurück. Wir müssen uns gegen den Vorwurf Frechheit ganz entschieden wehren und ihn ganz entschieden zurückweisen. Wir schlagen die Zeit nicht tot, sondern üben eine sachliche Kritik. Das Ihre Presse nur von Verdrehungen der Tatsachen lebt, ist eine alte Sache. Sie sagen, dass die Christlichsozialen für die Schieber eintreten, dass die Christlichsozialen eine Herabsetzung der Steuern verlangen und dass dafür halt um 2000 Wohnungen gebaut werden sollen. Das ist eine masslose Verhetzung des Volkes und eine masslose Verdrehung der Tatsachen. Wir haben uns immer und wenden uns auch jetzt dagegen, dass die Speise- und Getränkeabgabe zum Beispiel in den kleinen Vorstadtgasthäusern eingehoben wird, wo die Arbeiter und Angestellten und der Mittelstand ihr frugales Mahl einnehmen. Sie erlauben uns gegenüber einen Ton, den wir als die Vertreter des Bodenständigen Volkes uns nicht gefallen lassen werden. Wenn Sie sagen, die Christlichsozialen werden frech, so weisen wir das nicht nur energisch zurück, sondern wir werden auch der Bevölkerung sagen, wo die Frechen zu finden sind.

Ich werde nun jetzt den Verwaltungsapparat besprechen, der in acht Gruppen eingeteilt ist, an deren Spitze ein amtsführender Stadtrat steht. Redner bespricht nun die Gruppe I und kritisiert die Organisationsverhältnisse der städtischen Angestellten. Der Verband der städtischen Angestellten wurde unter der falschen Flagge einer unpolitischen Vereinigung gegründet. Sobald die Angestellten organisiert waren, ist der Verband rot, rüster und schliesslich blutrot geworden. Er ist eine parteipolitische Organisation geworden. An seiner Spitze stand ein waschechter Sozialdemokrat. Als sich der Verband als parteipolitische Organisation übelster Art entpuppt hatte, da merkten die Beamten, dass sie in eine Falle gerate

waren. Sie haben ihrer Existenz wegen nicht den Mut aufgebracht, aus dem Verband auszutreten. Ein Teil verliess doch den Verband. Jetzt existieren drei Organisationen. Der Herr Personalreferent aber verhandelt nur mit dem Verband. Auch der Herr Bürgermeister empfängt nicht Deputationen der anderen Verbände. Das nennen Sie demokratisch. Aus diesen Geits heraus, ergibt sich dass bei Ernennungen und Beförderungen nicht so sehr auf die Dienstzeit und die Arbeitsleistung gesehen wird, sondern darauf, ob der Beamte nicht indifferent oder gar christlichsozial ist. Ich habe im Finanzausschuss dem Herrn Stadtrat Speiser auch schon gesagt, dass die Gemeinde auf die finanzielle Entschädigung der Angestellten nicht stolz sein kann. Die Beamtenschaft leidet unter einem politischen Terror, sie ist vollständig entmündigt. Die Gemeinde zeigt sich auch dem Angestellten gegenüber schmutzig. So den invaliden Angestellten gegenüber. Diesen armen Teufeln gegenüber zeigt sich die Gemeinde hartherzig. Der arme Bund hat den invaliden Angestellten ein Jahr in die Pension und ein Jahr in die Dienstzeit eingerechnet. Stadtrat Speiser hat sich aber auf einen merkwürdigen Standpunkt gestellt. Er hat die invaliden Angestellten in drei Gruppen eingeteilt. In eine Gruppe jener Invaliden, die vom Felde zurückgekommen sind, nichts mehr vorgefunden haben und mit der kargen Invalidenrente ihr Bassein fristen müssen. In eine zweite Gruppe von Invaliden, die ihren Beruf nur mehr vermindert ausüben können, und schliesslich in eine dritte Gruppe von Invaliden, die trotz ihrer Invalidität bei der Gemeinde aufgenommen wurden. Dies sagt Stadtrat Speiser, sie sollen doch schauen, wie schlecht es doch den anderen ergeht. Wir haben im Stadtsenat und im Finanzausschuss schon den Antrag gestellt, den Invaliden ein Jahr in die Dienstzeit und in die Pension einzurechnen. Unser Antrag wurde glatt abgelehnt. Ich wiederhole den Antrag hier in der öffentlichen Sitzung. Wie es den Invaliden gegangen ist, so ist es auch den Pensionisten ergangen. Man hat sie bei der Sommervorrückung 1925 nicht berücksichtigt und es ist jetzt die Klage beim Verfassungsgerichtshof anhängig. Wir wissen nicht wie die Richter entscheiden werden. Vielleicht wird die Klage abgewiesen und dann ist juridisch dagegen nichts einzuwenden. Aber dass kann uns nicht befriedigen, denn neben dem juridischen Recht gibt es auch noch eine moralische Verpflichtung. Sie sollten doch diesen armen Teufeln nichts vor enthalten. Wir haben auch in dieser Sache im Finanzausschuss unsere Anträge gestellt und ich wiederhole sie hier.

Auch die Form der Aufnahme in den Gemeindedienst ist heute ein Martyrium. Es wird ganz offen nach der Parteizugehörigkeit gefragt.

G. R. Untermüller (chr. soz.): Man muss mindestens Hornist sein beim Schutzbund! (Heiterkeit)

G. R. Angermayer: Wenn man nur einen Laufburschen in einer städtischen Unternehmung unterbringen will, wird schon der Nachweis einer Organisation verlangt. Der kann höchstens bei den Kinderfreunden gewesen sein.

G. R. Preyer (chr. soz.): Er muss ein rotes Schneutzübel haben!

G. R. Angermayer: Wir haben daher verlangt, dass die Beamten, die solche Fragen stellen, unter Strafsanktion gestellt werden. Stadtrat Speiser hat aber erwidert, dass dazu ein Gesetz notwendig wäre. Wenn Sie nur einmal den Versuch machen würden und einen solchen Beamten entsprechend strafen, dann würden Sie sehen wie das wirkt.

Was die Gruppe Finanzwesen anlangt, haben wir die Abschaffung der Fremdenzimmerabgabe verlangt und Sie brauchen nur das Hotelpersonal fragen, das ebenfalls diese Forderung erhebt. Es ist auch ungerecht, dass die Abgabe von den Nebenleistungen und nicht nur vom reinen Zimmerpreis berechnet wird.

17/12

V

Sie müssten es auch unter der Würde einer so grossen Partei finden, dass man die Gewissensfreiheit der armen alten Leute in den Versorgungshäusern beschneidet. Das ist eine Brutalität und Rücksichtslosigkeit von dergleichen. Diesen alten Leuten wird in religiöser Beziehungen keine Ruhe gelassen. Das ist auf die Dauer unerträglich. Man fragt auch schon bei der Gewährung von Erziehungsbeiträgen nach der Gesinnung. Mir wurde ein Fall gemeldet, wo eine Mutter, die um die Verlängerung des Pflegebeitrages für ihre Tochter angesucht hat, vom Beamten gefragt wurde, wo das Kind ist. Als die Mutter antwortete, es sei in einem Kloster, zerriss der Beamte den Zettel und sagte, sie soll sich den Erziehungsbeitrag suchen.

G. R. Preyer (chr. soz.) Das sind die Instruktionen, die an die Beamten hinausgegeben wurden!

G. R. Angermayer: Die Frau hat trotz neuerlichen Ansuchens am 26. November einen abweislichen Bescheid erhalten. Ich hoffe, dass Stadtrat Tandler, der immer in öffentlicher Gemeinderatssitzung von der objektiven Führung seines Ressors spricht, diesen Fall gut macht.

Von der Gruppe V ist zu sagen, dass auch hier der Bolschewikengeist klar zutage tritt. Redner beschäftigt sich sodann eingehend mit der Gruppe VI, der die Approvisionierung Wiens obliegt. Er wendet sich dagegen, dass der Aufbau des Marktwesens von den Gebühren gedeckt werden soll. Im Herbst sind wir knapp an einer Kohlennotkatastrophe vorbeigegangen. Nicht einen Finger haben Sie gerührt, um sie zu verhindern. Wir sind auch nicht damit einverstanden, dass Herr Stadtrat Kokoda behauptet, dass das Wiener Marktwesen zeitgemäss ausgebaut ist. Wir wünschen nicht, dass Sie in normalen Zeiten auf die Marktbeschickung und auf die Preisregulierung Einfluss nehmen. Nur dann sollen Sie es tun, wenn oben die normale Zeit zurückgetreten ist.

Die Gruppe VIII ist auch ein Schmerzenskind. So sehr wir die technische Ausgestaltung der Werke schätzen, so sehr müssen wir uns aber gegen die Führung der Werke wehren. Wir weisen Sie immer auf den Anleiheweg, der die Produktion verbilligt. Sie sagen, die Strassenbahn habe ein Defizit (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen: Das Defizit steht nur auf dem Papier) Es wäre ungeheuerlich, zur Deckung dieses Defizites den Fahrpreis zu erhöhen. Wir müssen uns mit allen Mitteln gegen diesen neuen Raubzug auf die Taschen der Bevölkerung wehren.

Wir können dem Budget, aus dem tatsächlich die Enteignung des Privatkapitales hervortritt, das die Privatwirtschaft umbringt und das den Kulturkampf heraufbeschwört, nicht zustimmen. Und wir können es auch deshalb nicht, weil das Budget nichts anderes ist, als die gesetzmässige Festlegung einer neuerlichen Ausbeutung der Bevölkerung und der Wirtschaft (Stürmischer Beifall bei den Christlichsozialen). Gemeinderat Angermayer wird von seinen Kollegen beglückwünscht.

Als nächster Redner der Generaldebatte nimmt Gemeinderat Ellend das Wort. Der Redner beschäftigt sich mit der Krise in der sich der Gewerbestand befindet. Die Krise ist auf den Steuerdruck der Gemeinde zurückzuführen. Wir geben dem Herrn Stadtrat Breitner zu bedenken, dem Bogen nicht allzustraff anzuspannen, den sonst könnte er reißen. Als Vertreter des Gewerbestandes sage ich Ihnen, dass wir nicht mehr länger gewillt sind, Ihre Drangsalierungen zu ertragen.

Redner bespricht sodann die Investitionspolitik der Gemeinde in der "Goldenen Luegerzeit" und vergleicht sie mit der heutigen Investitionspolitik. Der Herr Stadtrat Breitner hat, als er nach dem Umsturz mit seiner Steuerpolitik begonnen hatte, sie nur bis zur Stabilisierung der Krone durchgeführt. Was er sich in den Jahren von 1922 bis heute geleistet hat, sehen wir. Breitner erklärt, die Steuern bleiben. Nur in wenigen Ausnahmen gewährt er Steuerermässigungen. Alle unsere Anträge, den Steuerdruck zu mildern, werden glatt abgelehnt. Die Ermässigung der Fürsorgeabgabe um ein Sechzehntel Prozent müsste erfolgen. Die Einhebung der Fürsorgeabgabe von mehr als vier Prozent ist nach dem Bundesgesetz seit 1. November nicht mehr zulässig. Es würde uns sehr freuen, wenn Herr Stadtrat Breitner in seinem Schlusswort uns sagen würde, ob die Gewerbetreibenden, die sich die zuviel gezahlte Steuer abziehen, noch weiteren Schikanen unterzogen werden. Wir wollen eine klare Antwort haben, damit wir als öffentliche Funktionäre den Sachverhalt genau kennen.

Die Wohnbaupolitik der Gemeinde gibt gleichfalls zur Kritik Anlass. Sie geben mehr als tausend Milliarden für den Bau von Wohnhäusern aus. Wenn Herr Stadtrat Breitner auch nur das leiseste Gefühl dafür hätte, wie schwer die Wirtschaft durch diese Steuern getroffen wird, müsste er Einkehr halten. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmers mit seinen Angestellten und Arbeitern sind heute so, dass sie wirklich den Bogen nicht mehr überspannen dürfen. Sie behandeln das Wohnungsproblem so, dass Sie die gegenwärtige Generation, die unter den schlechtesten Verhältnissen zu leben gezwungen ist, mit hundert Prozent belasten. Sie haben durch Ihre Taktik und Wirtschaftspolitik verhindert, dass die Hausbesitzer auch nur einen Heller investieren können. Dann müssen Sie das aber so machen, dass die Kosten der Wohnbautätigkeit nicht nur die gegenwärtige Generation zu tragen hat, sondern auch die kommende.

Gemeinderat Weigl als Vorsitzender fragt den Redner, ob er seine Ausführungen fortsetzen will, da es bereits ein Uhr mittag sei. Gemeinderat Ellend antwortet, dass er noch lange nicht ausgesprochen habe, worauf der Vorsitzende mitteilt, dass die Sitzung geschlossen ist.

Gemeinderat Ellend wird nachmittags um vier Uhr seine Rede fortsetzen.